

LANDWIRTSCHAFT

NÖ Bauern fordern Kurskorrektur in der EU

Bauernbund will weniger Bürokratie, strengere Standards bei Lebensmittelimporten und ortet kein Potenzial für Bauern-Demos in NÖ. Das sieht man in der FPÖ anders.

VON WALTER FAHRNBERGER

In den letzten Monaten haben europaweit **Bauernproteste** für Aufsehen gesorgt. Der Grund seien unter anderem massive Preissteigerungen bei wichtigen Betriebsmitteln, stagnierende Erzeugerpreise oder eine überbordende Bürokratie in Brüssel, die für Unmut sorge, betonten Vertreter des **NÖ Bauernbundes** (NÖBB) in einem Hintergrundgespräch. „Manche meinen, man müsse die **Landwirtschaft** weiter einschränken und verdrängen. Dass es gegen die **landwirtschafts-** und **umweltfeindliche** Politik in halb Europa Widerstand gibt, ist mehr als verständlich“, betont NÖBB-Obmann und LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf (ÖVP).

Während in Deutschland den **Bauern** über eine Milliarde Euro an Förderungen weggenommen wurde, habe die heimische Bundesregierung dafür gesorgt, dass **Bauern** in Niederösterreich um 80 Millionen Euro mehr an **agrarpolitischer** Förderung erhalten haben, betont Pernkopf. Darin sieht er den Grund, warum in Österreich keine **Bauernproteste** stattfinden.

FPÖ-Landwirt: „Der Unmut ist auch hierzulande groß“

Diese Meinung kann FPÖ-Kammerrat Manfred Mitmasser nicht teilen: „Bei einer Demo Anfang März in Oberösterreich im Rahmen eines Betriebsbesuches von ÖVP-Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig waren auch knapp 100 **Bauern** aus



Niederösterreich dabei“, berichtet Mitmasser.

Der Unmut sei laut Mitmasser auch hierzulande sehr groß. Vor allem die Wirtvertreter würden im Visier der **Landwirtschaft** sein. „Die **Bauern** wollen endlich eine rasche Herkunftskennzeichnungspflicht in den heimischen Gaststätten. Das würde uns sehr helfen. Schließlich werden aktuell täglich zig Tonnen von Rindfleisch sowie eine Million vorwiegend Flüssigeier aus Käfighaltung in der Gastro sowie in verarbeitenden Betrieben importiert und verwendet“, betont Mitmasser.

Im September 2023 wurde die Kennzeichnung in Großküchen wie Kasernen verpflichtend eingeführt. Wie der NÖ Landwirtschaftskammerpräsident Johannes Schmuckenschlager betont, werde die „100-prozentige Kennzeichnung“ auch weiter angepeilt. Mit der Gastronomie fehle nur mehr ein Drittel. „Aber auch unsere Partner, die Wirte, hängen aktuell in den Seilen, wie das Wirtesterben zeigt“, so Schmuckenschlager. Daher wolle man vorerst

noch stärker die freiwillige Kennzeichnung bei den Wirten fördern und unterstützen. Insgesamt fordert der **Bauernbund** eine Kurskorrektur der **EU-Agrarpolitik** in drei Punkten. Das ist die Investitionssicherheit für die **Bauern**, damit nicht immer neue Vorschriften die **Landwirte** belasten. Ebenso wird unter dem Motto „Mehr **Landwirtschaft**, weniger Zettelwirtschaft“ weniger Bürokratie gefordert. „Europa hat ohnehin die höchsten Umweltstandards. Deshalb sollen neue Vorschriften nach drei oder fünf Jahren automatisch auslaufen“, fordert Pernkopf, dass Regeln laufend evaluiert werden. Als Drittes will der **Bauernbund** für Sofortmaßnahmen zur Entlastung der **Bauern** in Österreich und in der EU sorgen.

Die Herausforderungen kennt auch Niederösterreichs EU-Abgeordneter Alexander Bernhuber. Er will unter anderem strengere Standards bei Lebensmittelimporten. Eine Forderung, der unter anderem auch FPÖ-Bauer Manfred Mitmasser vollends zustimmt.

Kommentar



NORBERT OBERNDORFER
über Kreditunlust und einige „Investitionsschuhlöcher“.

Großes Warten

„Ohne Moos nix los“: Viele können sich keinen Wohnbaukredit leisten. Daran ändern auch die Lockerungen bei den Ausnahmekontingenten nicht viel. Die Kosten für Häuslbauer haben sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Vervielfacht haben sich auch die Zinsen. Die Teuerung vereitelt Wohnraumwünsche. Also doch lieber mieten oder zurück zu den Eltern, heißt es für Jungfamilien.

Nicht nur die Bauwirtschaft dürstet nach Aufträgen und Signalen. Auch viele Private warten zu und zieren sich vor einem Bankkredit. Sie alle harren auf den Handwerkerbonus, die 1,5 Prozent Wohnbaukredite und den Entfall der Grundbuchgebühren.

Ob die Hilfen aus dem 2,2 Milliarden Bau- und Wohnpaket vom Bund als „Investitionsschuhlöcher“ noch vorm Start der Häusl-Bau-Saison wirken, ist mehr als fraglich. Es brauche Mut und Optimismus, sagt Baumeister Stefan Graf Richtung Politik – und Kunden. Die Stimmung sei schlechter als die Situation. Wer traut sich?